



97 | 2009

Manfred Wilke | Udo Baron

„Die Linke“

POLITISCHE KONZEPTIONEN
DER PARTEI

ZUKUNFTSFORUM

POL



ISBN 978-3-940955-60-9

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 | VORWORT

7 | EINLEITUNG

9 | AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

23 | WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

- *Zwischen konzeptioneller Orientierungslosigkeit und Populismus*.....23
- *Herkunft der wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen*.....27

35 | DIE AUTOREN

35 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG:

Tobias Montag

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-940955-60-9

VORWORT

Als die Väter und Mütter des Grundgesetzes vor nunmehr fast sechzig Jahren die freiheitliche und demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland schufen, stellten sie den Schutz der unveräußerlichen Menschenwürde des Individuums an die Spitze der verfassungsrechtlichen Wertehierarchie und versahen diese, wie auch die Strukturprinzipien der Republik, mit einer Ewigkeitsgarantie. Hintergrund für diese Regelungen waren die Erfahrungen des Untergangs der Weimarer Republik, der von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen totalitären, rechts- wie linksextremistischen Gruppierungen geprägt war, ebenso wie die der menschenverachtenden nationalsozialistischen Diktatur. Für die Väter und Mütter des Grundgesetzes verlief die entscheidende Konfliktlinie deshalb nicht primär zwischen den rechts- und linksradikalen Diktaturanhängern, sondern zwischen den totalitären Bewegungen und den Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates. Die Erkenntnis, dass extremistische Bewegungen untereinander signifikante Gemeinsamkeiten aufweisen und ihnen gleichermaßen entschieden entgegenzutreten ist, gehört seitdem zum „antitotalitären Grundkonsens“ der Bundesrepublik.

Mit einer Reihe von aktuellen Untersuchungen zum Rechtsextremismus hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in den letzten Monaten bereits einen erneuten Beitrag zur Festigung des Wertekonsenses und der politischen Willensbildung geleistet. In drei Bänden über die Partei „Die Linke“ sollen nun die Herausforderungen untersucht werden, vor die der Linksextremismus unsere Demokratie stellt. Neben der vorliegenden Untersuchung der politischen Konzeptionen geht es dabei in zwei weiteren Teilen um die jüngere politische Entwicklung sowie die Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei.

In der politischen und der öffentlichen Debatte ist die Zuordnung der Partei „Die Linke“ zum Linksextremismus durchaus umstritten. Als eine in den Kommunalvertretungen, etlichen

Länderparlamenten und im Bundestag vertretene Partei, die eine Vielzahl durchaus heterogener Strömungen umfasst und die vor allem auf der kommunalen Ebene auch zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, scheint eine pauschale Verurteilung der SED-Nachfolgepartei ungerechtfertigt, ja vielleicht sogar kontraproduktiv. Auch die „antifaschistische“ Selbststilisierung der Partei verdeckt oftmals das eigene extremistische Potential. Dennoch zeigt die vorliegende Studie eine Reihe von Schnittstellen, personellen Kontinuitäten und ideologischen Versatzstücken auf, die belegen, dass „Die Linke“ den antitotalitären Grundkonsens nicht teilt.

Wer die notwendige und unumgehbare inhaltliche Auseinandersetzung mit den nicht selten unrealisierbaren und ungeeigneten politischen Vorschlägen der Partei führen will, kann auf die Kenntnis der Grundlagen nicht verzichten. Schwerpunkt des vorliegenden Bandes ist deshalb der Blick auf ausgewählte politische Konzeptionen der Partei „Die Linke“. Anhand der Auswertung programmatischer Äußerungen zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Wirtschafts- und Sozialpolitik verdeutlichen die Autoren den systemüberwindenden Charakter der SED-Nachfolgepartei in zentralen Politikfeldern.

Ein besonderer Dank für diese Ausarbeitung gebührt an dieser Stelle den beiden Autoren Professor Dr. Manfred Wilke und Dr. Udo Baron.

Berlin, im Februar 2009

Dr. Michael Borchard
Leiter
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Ralf Thomas Baus
Leiter Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und
Beratung

EINLEITUNG

Als Strömungspartei bindet „Die Linke“ eine Vielzahl von Gruppierungen und Personen an sich, welche sich in Teilen und in unterschiedlichem Ausmaß gegen die bestehende freiheitliche und demokratische Ordnung sowie gegen die sozioökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik wenden. Diese Haltung findet sich auch in den politischen Vorstellungen und Konzeptionen der Partei wieder, die sie – wie jede andere Partei auch – in die öffentlichen Debatten einbringt. Oft gelingt es ihr dabei, zentrale Begriffe zu besetzen und so umzudeuten, dass die gesellschaftsumwälzenden Ziele der Partei und deren Folgen für die Bürger der Bundesrepublik kaum wahrgenommen werden.

Besonders deutlich wird der systemüberwindende Charakter der Partei „Die Linke“ in ihren außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen. Hier knüpft die Partei an überkommene Denkmuster des Kalten Krieges an und bedient antiwestliche Ressentiments. Eine Umsetzung dieser politischen Konzepte würde Deutschland aus der internationalen Wertegemeinschaft herausführen. Die Verwirklichung dieser Politik käme einer Rücknahme zentraler Erfolge der europäischen Integration gleich und hätte die Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO zur Folge. Dies würde nicht nur zu schwerwiegenden Verwerfungen mit den Verbündeten führen, sondern auch die Sicherheitsarchitektur Europas destabilisieren.

Auch die Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigen, dass die Partei „Die Linke“ mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft Grundpfeiler unserer politischen Ordnung einreißen will. Gerade die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen der Partei offenbaren einen ausgeprägten Populismus. Für die Herausforderungen unserer Zeit hat die Partei kaum belastbare Lösungen. Sie flüchtet sich daher in „linkskeynesianische“ Konzepte, die in den Programmen der Gewerkschaften verwurzelt sind und bereits in der Vergangenheit versagt haben.

AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

In den Schlüsselfragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vertritt „Die Linke“ den demokratischen Parteien diametral entgegengesetzte Ansichten und Lösungsvorschläge. Bei diesen Themenfeldern wird die Kontinuität der Linkspartei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und ihren Feindbildern am deutlichsten. Auch heute noch definiert sich ihre Außen- und Sicherheitspolitik über die Ablehnung des westlichen Gesellschaftsmodells und seiner Werte. So heißt es in den „Programmatischen Eckpunkten“ der Partei: „Neoliberale Kräfte [...] verfolgen eine unsolidarische Politik der Privatisierung, Deregulierung und Unterordnung aller Lebenssphären unter die Märkte. Sie lösen neue imperiale Kriege aus und verschärfen die Terrorgefahren.“¹ Wie zu Zeiten des Kalten Krieges ist das westliche Wirtschaftsmodell, die Marktwirtschaft und die sie repräsentierenden Mächte, allen voran die USA und ihre Verbündeten, auch weiterhin das zentrale Feindbild, auf das sich alle Emotionen und Aggressionen konzentrieren. Der Kampf gegen westliche Institutionen wie NATO, EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) als Verkörperungen des weltweit agierenden „Kapitalismus und Imperialismus“ sowie die Solidarität vor allem mit lateinamerikanischen sozialistischen Staaten wie Kuba, Venezuela oder Bolivien stehen im Mittelpunkt ihrer Außenpolitik. In das Gründungsdokument der Partei „Die Linke“, den „Programmatischen Eckpunkten“, fanden diese Ansichten erneut Eingang. Sie stimmen auch mit den Feindbildern westdeut-

scher Linker überein, so dass es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu nahezu identischen Ansichten zwischen Ost und West kommt.

Vor allem auf NATO und die USA konzentriert sich die Kritik. Während die „amerikanische Plutokratie [...] von der Öl- und Waffenindustrie beherrscht wird“,² stellt die NATO für die Partei „Die Linke“ lediglich ein „Interventionsbündnis zur Rohstoffsicherung“ dar.³ Sie „lehnt nicht nur die Erweiterung der NATO ab [...], sondern die NATO insgesamt“. Das westliche Verteidigungsbündnis propagiert ihrer Meinung nach einen „expandierenden Militarismus“, zudem fehle ihm seit „fast 20 Jahren die Legitimation. Der Warschauer Pakt wurde aufgelöst, dasselbe hätte mit dem westlichen Konterpart geschehen müssen“.⁴ Ihre Zielsetzung lautet daher: „Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden.“⁵ Der Cottbuser Parteitag der Partei „Die Linke“ vom Mai 2008 bestätigte noch einmal diese Haltung mit der Forderung: „Militärbündnisse wie die NATO sollen aufgelöst werden“.⁶

Ziel ist es aber auch, Anleitungen für die Tagespolitik zu geben. In der Diskussion um die noch in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Atomwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel erklärte Inge Höger für „Die Linke“: „Es gibt kein Recht auf Atomwaffen.“⁷ Die militärische Teilhabe der Bundesrepublik an diesen amerikanischen Waffen im Rahmen der NATO verstoße gegen den Kernwaffensperrvertrag. Die Schlussfolgerung heißt, die amerikanischen Atomwaffen müssen aus der Bundesrepublik verschwinden.

Die geplanten Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der NATO im Jahr 2009 dienen der Linkspartei als Anlass für eine Kampagne gegen das westliche Verteidigungsbündnis. Teilnehmer eines Afghanistan-Kongresses in Hannover wollen unter dem Motto „60 Jahre NATO sind genug“ „Gegen-gipfel, Demonstrationen, Camps, Festivals und andere Aktionen vorbereiten“. Die Zusammenarbeit soll „unterschiedliche soziale und ökologische Bewegungen einbeziehen und unterschiedliche Gründe, gegen die NATO zu sein, zum Ausdruck bringen“. Vor allem „Bewegungen und Initiativen aus Osteuropa, vom Balkan und aus anderen Regionen werden zur Beteiligung ermutigt“.⁸

In dieser Debatte werden NATO und Warschauer Pakt und somit das Verteidigungsbündnis der Demokratien mit dem der kommunistischen Diktaturen gezielt gleichgesetzt. Bewusst wird dabei übersehen, dass der Warschauer Pakt – wie im Fall der Invasion der Tschechoslowakei 1968 –

im Gegensatz zur NATO dazu diente, Freiheitsbewegungen in einem Mitgliedstaat mit militärischer Gewalt zu unterdrücken.

Offensiv wendet sich „Die Linke“ gegen die vermeintliche „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ und lehnt in diesem Zusammenhang Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.⁹ Den Streitkräften hält sie vor, sie seien „zu einem Instrument außenpolitischer Machtentfaltung geworden – Beteiligung an Kriegen inbegriffen“. Die Partei sieht die Bundeswehr auf dem Weg zu einer „Interventionsarmee“. Sie fordert, ihren „Auftrag [...] auf Landesverteidigung und Katastrophenhilfe“ zu beschränken und den „sofortigen Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan“.¹⁰

Die Schuldfrage für internationale Konflikte wie in Afghanistan oder dem Irak liegt für „Die Linke“ ausschließlich beim Westen. „Überall dort, wo es der Bush-Regierung der USA misslingt, geostrategische und ökonomische Interessen durch kulturelle und politische Intervention durchzusetzen, lässt sie unter dem Deckmantel der ‚Präventivschlagstrategie‘ ihre Truppen einmarschieren“, heißt es in einem Antrag zur Ergänzung des Wahlprogramms der Linkspartei.¹¹ Die „imperiale Politik unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika zielt auf eine ganz der Kapitalverwertung untergeordnete Welt“.¹² Westliche Außen- und Sicherheitspolitik wird in der Argumentation der Linkspartei so auf einen „Rohstoff-Imperialismus“ reduziert. Die militärischen Einsätze der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan und Irak zielten nur auf „eine große geostrategische Zone von Öl- und Gasvorkommen, die sie unter ihrer Kontrolle haben wollen“.¹³ So sei der Irak-Krieg „unter dem Vorzeichen begonnen worden, durch die Eroberung der irakischen Ölvorkommen das OPEC-Kartell zu entmachten und den Ölpreis auf 12 bis 13 Dollar je Barrel zu drücken“.¹⁴ Die USA gelten als das „Reich des Bösen“ zu dessen Abwehr alle Mittel und Wege bis hin zur Atombombe erlaubt seien. „In einer Welt, in der kein Staat sich mit klassischen militärischen Mitteln gegen das anglo-amerikanische Imperium behaupten kann, können sich die bedrohten ‚Schurkenstaaten‘ nur durch den Griff zur Atombombe schützen“, heißt es etwa bei Ulrich Maurer, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag.¹⁵ Auch Lafontaine billigt dem Iran das Recht auf den Besitz von Atomwaffen zu, weil die „Politik des Westens gegenüber dem Iran [...] auf Grundlagen auf[baut], die nicht haltbar sind“.¹⁶ Ein geplanter Besuch Lafontaines im Iran und Gespräche mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad waren aber selbst der Linkspartei zu viel und wurden gestrichen.

Auch dem europäischen Projekt steht „Die Linke“ weitgehend ablehnend gegenüber. Ihrer Meinung nach ist mit der Europäischen Union „ein neuer Raum [...] der Klassenkämpfe entstanden. In Europa sind die freie Bewegung des Kapitals, die Verlagerung von Produktionsstätten und die Wanderung von Arbeitskräften alltäglich und widerspiegeln die durch den Maastrichter Vertrag manifestierte neoliberale Ausrichtung der Europäischen Integration“.¹⁷ Dadurch sei „auch die EU erheblich für Armut, Bürgerkriege, Umwelt- und ethnische Konflikte in einer ganzen Reihe von Weltregionen mit verantwortlich“.¹⁸ „Die Linke“ unterstützt zwar die europäische Einigungsidee, aber nur weil sie ihrer Meinung nach „die einzige realpolitische Alternative zu Weltherrschaft und Untergang des angloamerikanischen Imperiums“ darstellt.¹⁹ In der Europapolitik plädiert sie für die europäische Integration, bekämpft aber ihre angeblich „gegenwärtige neoliberale Ausrichtung“ und wendet sich gegen die „Aufstellung europäischer Truppen“.²⁰ Gegenwärtig sei die Europäische Union „reduziert auf eine politische Agentur zur Verwaltung und Ausdehnung des Binnenmarktes in Übereinstimmung mit dem neoliberalen Dogma“.²¹ Auch die „Osterweiterung war nur für die Wirtschaft ein Erfolg, für die Menschen im neuen Europa bedeutet sie schamlose Bereicherung einer neuen (alten) Elite, bei gleichzeitiger Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Für die Menschen im alten Europa bedeutet sie zunächst nur sozialen Rückschritt, zusätzliche Gefährdung ihrer Arbeitsbedingungen und verschärftes Steuerdumping zur Freude der Konzerne und zu Lasten des Sozialstaates.“²²

Vor allem die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik wird von der Partei heftig kritisiert. Sie empfindet die Bestimmungen über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik als „wesentlich militärisch geprägt“. Vor allem die Entwürfe für eine europäische Verfassung werden ihrer „Orientierung auf Neoliberalismus, Abbau der staatlichen Sozialpolitik und Militarisierung“ wegen kategorisch abgelehnt.²³ Die „Lissaboner Ermächtigungsgesetze“,²⁴ wie der jüngst von der EU beschlossene Reformvertrag von Lissabon in bewusster Assoziation zu den nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzen von 1933 tituliert wird, stehen dabei im Mittelpunkt ihrer Europakritik. Der „militaristischen und neoliberalen Implikationen des Machwerks“ und seines „neoliberalen Geist[es]“ wegen hat „Die Linke“ ihn am 24. April 2008 bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag geschlossen abgelehnt.²⁵ Auf Druck der Partei „Die Linke“ hat sich am 23. Mai 2008 das von einer rot-roten Koalition regierte Berlin als einziges Bundesland bei der Abstimmung über den EU-Reformvertrag von

Lissabon der Stimme enthalten.²⁶ Obwohl alle parlamentarischen Instanzen dem EU-Vertrag zugestimmt haben, will „Die Linke“ diesen „Vertrag der Regierenden, nicht der Bürgerinnen und Bürger“ noch mit einer Unterschriftenaktion mit der Forderung nach einem Referendum zum Vertrag von Lissabon stoppen.²⁷ Der „Traum von Europa könnte die Menschen begeistern, wenn damit aufgehört würde, ihn allein für die Durchsetzung eines neoliberalen Marktregimes zu missbrauchen“.²⁸

Die Ambivalenz der Linkspartei, die schon in den anderen Politikfeldern deutlich ist, lässt sich auch beim Umgang mit autoritären bzw. diktatorischen Regimen linker Prägung nicht übersehen. So kritisierte die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zwar die serbische Vertreibungspolitik im ehemaligen Jugoslawien der 1990er Jahre. Dennoch ließ sich die Parteispitze um Lothar Bisky und Gregor Gysi auf dem Höhepunkt der jugoslawischen Nachfolgekriege nicht davon abhalten, dem serbischen Diktator Slobodan Milošević einen Besuch abzustatten und sich mit ihm gegen die NATO zu solidarisieren.

Entgegen öffentlichen Beteuerungen werden Menschenrechtsverletzungen kommunistischer Regime auch heute noch geflissentlich übergangen oder gerechtfertigt. Zwar heißt es in ihren „Programmatischen Eckpunkten“, „Die Linke“ „strebt nach [...] der Verwirklichung der Menschenrechte“.²⁹ Lafontaine hebt sogar hervor, die „Linke wendet sich gegen jede Art von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen“.³⁰ Doch die Realität linker Menschenrechtspolitik sieht anders aus. Deutlich wird das vor allem am Beispiel Kubas.

Am 2. Februar 2006 beklagte das Europaparlament, dass auf Kuba „unabhängige Journalisten, friedfertige Dissidenten und Menschenrechtler unter menschenunwürdigen Umständen“ in Haft gehalten würden.³¹ Während mit André Brie, Gabi Zimmer und Helmuth Markov drei Europaabgeordnete der Partei „Die Linke“ dieser Entschließung zustimmten, lehnte sie die Europaabgeordnete Sahra Wagenknecht ab. Eine Welle der Empörung in den eigenen Reihen war die Folge – aber nicht wegen der Ablehnung von Wagenknecht, sondern wegen der Zustimmung von Brie und anderen linken Abgeordneten. Tags darauf sahen diese sich in einer von sogenannten „Vertretern deutscher Kultur und Politik“ herausgegebenen Presseerklärung wüsten Beschimpfungen ausgesetzt. Wörtlich heißt es in der u.a. von der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, der „Jungen Welt“ und der Arbeitsgemeinschaft „Cuba sí“ unterzeichneten

Mitteilung, sie hätten mit diesem Beschluss „in verleumderischer und unmoralischer Weise den Weg für die US-Regierung vorbereitet, die demokratischen Regierungen Venezuelas und Boliviens und des sozialistischen Kubas zu zerstören“. Die Anschuldigungen gipfelten schließlich in der Forderung an „alle demokratischen und friedliebenden Menschen in der Linkspartei und in der Bundesrepublik Deutschland und europaweit“, den „kriegstreiberischen Kräften des Europäischen Parlaments und seiner Regierungen entgegenzutreten und das Recht auf friedliche Entwicklung aller Menschen in der Weltgesellschaft zu garantieren“.³² Neben Hans Modrow, Egon Krenz und dem ehemaligen Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes Hermann Kant unterzeichneten Hunderte einen von den Wortführern der „Kommunistischen Plattform“ am 10. Februar 2006 verfassten „offenen Brief“, der sich in scharfen Worten gegen die Zustimmung der drei Europaabgeordneten zur Kuba-Resolution des Europaparlaments wandte und den Bundesvorstand zur Solidarität mit Kuba aufforderte. Der Parteivorstand der PDS kam dieser Aufforderung am 27. Februar 2006 nach, verurteilte in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung die Kuba-kritische Resolution des Europaparlaments und pries die PDS als „verlässliche[n] Freund und Partner Kubas“. Weiter heißt es dort in pathetischem Ton, die kubanische Revolution „strahlt bis heute erheblich auf Lateinamerika und verfehlt auch ihre Wirkung auf Die Linke in Europa nicht“.³³ Brie fühlte sich durch diese Erklärung an das alte SED-Motto „Menschenrechtsfragen sind Klassenfragen“ erinnert und sah sich gezwungen, vor einer Re-Ideologisierung der PDS zu warnen.³⁴ Seiner Meinung nach hat die PDS „trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt. Die Fehler der Vergangenheit sind nicht überwunden worden. [...] Es gibt in der Partei keine Bereitschaft die Individualität von politischen Menschenrechten zu akzeptieren.“ Die PDS sei „auf dem Rückweg zur SED“, hält er konsterniert fest, wenn sie „diese Linie fortsetzt“.³⁵

Treibende Kraft dieser Kuba-Verklärung ist die beim Parteivorstand der Linkspartei angesiedelte Arbeitsgemeinschaft „Cuba sí“. Sie versteht sich „als Teil der internationalistischen Bewegungen gegen Krieg, Neoliberalismus, Faschismus, Ausbeutung und Ausgrenzung“. Die „politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ist Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit“. Auf ihrer Homepage wirbt sie mit den Reden Fidel Castros, verwendet den Begriff Dissident ausschließlich in Anführungszeichen und bezeichnet die Entwicklung auf „Kuba ebenso wie in Venezuela und Bolivien [als] Teil eines allgemeinen Demokratisierungs-

und Entwicklungsprozesses in Lateinamerika“. „Partnerschaftliche Kontakte“ unterhält sie vor allem zur Kommunistischen Partei Kubas (PCC) und bedient dadurch parteiintern den extremistischen Flügel der Linkspartei.³⁶

Dass diese Haltung keine Minderheitenposition innerhalb der Partei ist, verdeutlichen die Stellungnahmen der Parteiführung zu Kuba. In einem Glückwunschtelegramm der Partei an den kubanischen Diktator anlässlich seines 80. Geburtstags am 13. August 2006 führt z.B. Lothar Bisky – ganz im Stil alter SED-Verlautbarungen – aus: „Mit Hochachtung und Sympathie blicken wir auf Deinen Lebensweg, der den unermüdlichen Einsatz für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft und die Verteidigung der nationalen Würde Kubas symbolisiert.“ Und weiter heißt es dort, „Kubas Erfolge im Bildungs- und Gesundheitswesen, in Wissenschaft, Kultur, und Sport rufen Bewunderung und Respekt hervor. Gleichzeitig stand Kuba stets an der Seite der ausgeplünderten und entrechteten Völker. Beispielhaft ist der Einsatz tausender kubanischer Ärzte und Lehrer in Lateinamerika, im Kampf für eine gerechte Welt.“ Dagegen geht Bisky mit keinem Wort auf die Menschenrechtsverletzungen in Kuba und auf die Unterstützung kommunistischer Diktaturen in Schwarzafrika, beispielsweise in Äthiopien oder Angola, durch die kubanische Regierung in den 1970er und 1980er Jahren ein. Stattdessen versichert er dem „Máximo Líder“ abschließend: „An Deinem Geburtstag bekräftigt die Linkspartei.PDS, dass sie ein verlässlicher Freund und Partner Kubas ist und bleibt.“³⁷

Auch Lafontaine pflegt die Verklärung des kommunistischen Kubas und seines Potentaten. Im Herbst 2007 besuchte er gemeinsam mit dem Sozialpolitiker Klaus Ernst und der bildungspolitischen Sprecherin der Partei Nele Hirsch die Karibikinsel, weil er „an der Entwicklung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts interessiert“ sei. Vor Ort beklagte er sich darüber, dass in Deutschland die anderen Parteien „Menschenrechtsfragen wichtigtuerisch instrumentalisieren“, um „Die Linke“ zu „diffamieren“.³⁸

Diese Matrix der Legitimierung autoritärer und diktatorischer linker Regierungen wird auf die autokratischen linken Regierungen in Lateinamerika angewendet. Die „neuen fortschrittlichen sozialistischen Regierungen wie in Venezuela oder Bolivien“ werden zu Vorbildern erhoben, weil „dort Politiker an der Macht sind, die die Bodenschätze ihres Landes

vor allem in den Dienst der Armen und Benachteiligten stellen".³⁹ Vor allem dem autokratischen Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez, gelten die Sympathien. Er wird als Befreier vom Joch des US-Imperialismus verklärt und als legitimer Nachfolger Fidel Castros gefeiert. Um die Dramaturgie zu verschärfen, wird auch noch eine Verschwörungstheorie nachgereicht. So darf der Westbeauftragte der Linkspartei, Ulrich Maurer, fabulieren, die „venezolanische Regierung konnte im Frühjahr 2002 einen von der CIA unterstützten Staatsstreich nach dem Muster des Militärputsches in Chile 1973 nur knapp abwenden".⁴⁰ Noch deutlicher wird das Verständnis von Freiheit und Menschenrechten, wenn Lafontaine sagt, in „dem Verhältnis zwischen Starken und Schwachen befreit das Gesetz, und die Freiheit unterdrückt“, womit er die Grundwerte der Demokratie in ihr Gegenteil verkehrt.⁴¹ Diese Aussage veranschaulicht, wie tief das Denken und Handeln der Linkspartei bis in die Parteispitze von etatistischen und staatsautoritären Zügen geprägt ist.

Wie weit bei der Partei „Die Linke“ die Grenzen zwischen Demokratie und antidemokratischem Denken und Handeln verschwommen sind, verdeutlicht vor allem ihre Apologetik des Islamismus. So sinnt Lafontaine in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* über „Schnittmengen zwischen linker Politik und islamischer Religion“ in folgenden Punkten nach: „Der Islam setzt auf die Gemeinschaft, damit steht er im Widerspruch zum übersteigerten Individualismus, dessen Konzeption im Westen zu scheitern droht. Der zweite Berührungspunkt ist, dass der gläubige Muslim verpflichtet ist zu teilen. Die Linke will ebenso, dass der Stärkere den Schwächeren hilft. Zum Dritten: Im Islam spielt das Zinsverbot noch eine Rolle, wie früher auch im Christentum.“⁴² Kaum verklausuliert redet Lafontaine damit einer antikapitalistischen, antiamerikanischen und antizionistischen Grundeinstellung als Bindeglied zwischen der Partei „Die Linke“ und dem Islam das Wort.

Der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Norman Paech, sekundierte ihm in einem Interview der *Islamischen Zeitung*, in dem er bemerkte: „Wenn aber eine Religion gerade den Gerechtigkeits- und Teilungsaspekt hervorhebt, dann sind wir damit konform. [...] Dies ist eine Haltung, die durchaus in der Tradition des Antiimperialismus steht. Ich glaube, dass wir religionsübergreifend Freunde für unsere Position finden, wenn es um Teilung und Verfügung der eigenen Ressourcen geht.“⁴³

Auch den islamistischen Terrorismus hat der Westen nach Meinung der Linkspartei selbst zu verantworten. Die „vom System des globalen Kapitalismus forcierte Verelendung in den Ländern der Dritten und Vierten Welt“ hat die „Gesellschaften der Südhalbkugel“ ihrer „Kultur beraubt“ und entlässt sie „kulturell entwurzelt, arbeits- und bindungslos in eine ungewisse Zukunft“, formuliert Ulrich Maurer. Viele ihrer Bürger landeten nur dadurch „im Laufe ihrer verzweifelten Selbstbefreiung in den Armen von islamistischen Fundamentalisten“. Dadurch erschafft der Westen „sich die ‚Barbaren‘ selbst, durch die er sich bedroht fühlt“.⁴⁴ Verschärft werde diese Entwicklung noch durch die westlichen Reaktionen auf den fundamentalistischen Terror. Weil NATO und Europäische Union „auf globale Eingreiftruppen“ setzen, kommen im „Namen eines Kreuzzuges gegen den Terrorismus [...] Tausende unschuldige Menschen ums Leben. Eine Spirale der Gewalt erzeugt immer neue Bereitschaft zu Terrorakten, der menschenverachtenden Antwort auch auf die Arroganz imperialer Macht und die tiefen Gräben zwischen reichen und armen Ländern.“⁴⁵

Völlig ins Abstruse gleitet die Argumentation der Linken in der Auseinandersetzung mit den Islamisten und dem von ihnen ausgehenden Terrorismus in Ulrich Maurers jüngstem Buch *Eiszeit* ab. Unter der Kapitelüberschrift „Golgatha und Guantanamo“ zieht er eine Parallele zwischen der Verfolgung Jesus und seiner Jünger durch die Römer und Osama bin Ladens und seines Terrornetzwerkes Al Kaida. Wie bin Laden so hielt sich auch Jesus „in Begleitung von ‚Terroristen‘ wie Petrus“ auf. Auch bei „Jesus von Nazareth endete die Geschichte mit Folter und Hinrichtung. Und schon damals bestand das Imperium darauf, besonders wichtige Gefangene selbst zu foltern und abzuurteilen.“ Zwar schränkt Maurer seine Aussage ein: „Selbstverständlich wäre es falsch und unangemessen, Jesus und seine Jünger mit brutalen Killern vom Schlage eines Osama bin Ladens oder Abu Musab Sarqawi zu vergleichen.“ Dennoch, so sein Resümee, „was die Prinzipien der Feindbehandlung durch das jeweils herrschende Imperium angeht, sind die Parallelen erstaunlich.“⁴⁶

Dass „Die Linke“ auch nicht den direkten Kontakt zu Terroristen scheut, belegen die Verbindungen zur kolumbianischen Guerilla FARC, die seit Jahren durch Geiselnahmen und Drogenhandel von sich Reden macht. Aus E-Mails auf den Laptops des im März bei einem Luftangriff auf sein Lager in Ecuador getöteten FARC-Kommandeurs Raul Reyes geht hervor, dass sich sein Sohn Ariel Robespierre Devia im Januar 2005 mit dem PDS-Politiker und ehemaligen Hamburger DKP-Vorsitzenden Wolfgang

Gehrcke und Vertretern der DKP in Berlin getroffen haben soll. Gehrcke, der heute außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ ist, habe ihm dabei vorgeschlagen, sich im Europaparlament dafür einzusetzen, die FARC von der Liste der terroristischen Organisationen zu streichen. Die *Junge Welt* soll sich bereit erklärt haben, eine deutschsprachige Ausgabe der FARC-Zeitschrift *Resistencia* zu betreuen.⁴⁷ Im Juni 2007 beantragte „Die Linke“ im Deutschen Bundestag, die FARC von der Terrorliste der EU zu streichen.⁴⁸

Die Sympathien für ausländische Extremisten beschränken sich keineswegs nur auf Lateinamerika. So leistet das Bundestagsbüro von Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin für die Linksfraktion im Bundestag, Propagandahilfe für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK⁴⁹ – ebenfalls eine militante Gruppe, die durch Anschläge, Entführungen und kriminelle Geschäfte von sich reden macht. Ihr Mitarbeiter Nikolaus alias Nick Brauns ist vielfältig in der PKK-Unterstützerszene vernetzt, sei es als Sprecher des „Kurdistan-Solidaritätskomitees Berlin“ oder als Beiträger der „Informationsstelle Kurdistan“ und preist den „kurdischen Befreiungskampf“ als „völkerrechtlich legitim“.⁵⁰ Siruan Hadsch-Hosseini, Kurdistan-Korrespondent von „Reporter ohne Grenzen“, schließt sogar nicht aus, dass „die Partei [„Die Linke“] auch von der PKK finanziert wird oder dass sie zum Beispiel gemeinsame Rechtsanwälte beschäftigt“.⁵¹ Es verwundert daher nicht, dass die Linksfraktion im Bundestag in einem Antrag vom Juni dieses Jahres die Aufhebung des PKK-Verbotes fordern wollte. Erst nach der Entführung von drei deutschen Touristen durch die PKK am Berg Ararat zog sie den Antrag zurück.⁵²

Auch zur in Spanien verbotenen Batasuna-Partei, dem politischen Arm der von der EU offiziell als terroristische Vereinigung eingestuftes baskischen Terrororganisation ETA, pflegt „Die Linke“ Kontakte. So besuchte ihr Europaabgeordneter, das frühere SED-Mitglied Helmuth Markov, im Spätherbst 2007 den Batasuna-Sprecher und ehemaligen ETA-Terroristen Arnaldo Otegi und solidarisierte sich mit ihm.⁵³ Darüber hinaus kam es mehrfach zu Treffen zwischen Ulla Jelpke und anderen Batasuna-Abgesandten. Einige von ihnen traten auch bei Veranstaltungen der Linkspartei in Deutschland auf. So wurde Mitte Januar 2007 der zum damaligen Zeitpunkt von der spanischen Regierung mit einem Reiseverbot belegte Otegi per Videokonferenz auf einer von der Arbeitsgemeinschaft „Cuba sí“ in Berlin organisierten Sozialisten-Konferenz zugeschaltet.⁵⁴

Auffallend – und wiederum symptomatisch für die Ambivalenz der Linkspartei – ist die Haltung zum Staate Israel. Wie schon die alte SED, so interpretieren und kritisieren weite Teile der Partei bis in die Gegenwart hinein die Politik des Staates Israel als die eines „aggressiven Imperialismus“.⁵⁵ Israel wird als Fremdkörper, als Satellit der USA im Nahen Osten und somit als Instrument zur Durchsetzung ihrer imperialen Ziele gesehen. Im Gegensatz zu den Palästinensern, die unkritisch als Opfer, als „Juden von heute“ betrachtet werden, wird den Israelis jegliche Legitimation und Existenzberechtigung abgesprochen. Den Palästinensern und ihrem Kampf gegen Israel gelten die Sympathien der Linkspartei. Er gilt als ein Akt der nationalen Befreiung nicht nur von den Israelis, sondern auch von Kapitalismus und Imperialismus und somit von den USA. In Konsequenz dieser offen antiisraelischen Einstellung kommt es immer wieder zu Solidarisierungen zwischen Vertretern der Linkspartei und den erklärten Feinden Israels. So nahm beispielsweise Ulla Jelpke zusammen mit Hisbollah-Anhängern an Demonstrationen gegen den Libanon-Krieg vom Juli 2006 teil.⁵⁶ Ihr Mitarbeiter Nikolaus Braun hat einen Sammelband zu verantworten, in dem Vertreter der Hisbollah wie Ali Fayyad und ehemalige Stasi-Spione wie Rainer Rupp und Klaus von Raussendorff unverblümt den Staat Israel angreifen dürfen und eine Einheitsfront der Linkspartei mit dem Islam und Organisationen wie Hamas und Hisbollah fordern. Wörtlich heißt es dazu im Vorwort: „In diesem Sinne schließen wir uns dem stellvertretenden Generalsekretär der Hisbollah Scheich Naeem Kasam an, der [...] die Notwendigkeit eines Bündnisses des islamisch-religiösen Widerstandes gegen Imperialismus und Zionismus mit der säkularen Linken betonte.“⁵⁷

In seiner Rede anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung des Staates Israel im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat Gregor Gysi allerdings einen Paradigmenwechsel in der linken Nahostpolitik vorgenommen. Er erkennt die Bedrohungslage Israels an und sieht eine historisch bedingte, besondere Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht des Staates Israel. Heutzutage trafe seiner Meinung nach der Begriff des Imperialismus auf Israel nicht mehr zu, da ihm nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die machttheoretischen und die politökonomischen Ursprungskomponenten fehlten.⁵⁸ Aus diesem Grunde fordert er, dass „alte linke Vorlieben, immer schon im Voraus genau zu wissen, wer prinzipiell der Gute und wer ebenso prinzipiell der Böse ist, endlich hinter uns gelassen werden müssen. Vielmehr sollte uns ausschließlich interessieren, wie Konfliktsituationen so bearbeitet und in

stabilere Zustände geführt werden können, dass der Weg der militärischen Auseinandersetzung nicht bzw. nicht wieder beschritten wird.“ Rückblickend hielte er es für geboten, dass sich „die Haltung der DDR zum Staat Israel durch eine besondere Sensibilität ausgezeichnet hätte“. Für die Gegenwart und Zukunft kann der „Antizionismus [...] für die Linke insgesamt, für die Partei DIE LINKE im Besonderen, keine vertretbare Position sein, zumindest nicht mehr sein“, so Gysi weiter. Aufgrund der „Verpflichtungen, die aus der deutschen Geschichte resultieren“, plädiert er dafür, die „Solidarität mit Israel [als] ein moralisch gut begründbares Element deutscher Staatsräson“ anzusehen und fordert zur kritischen Solidarität mit Israel auf.⁵⁹ Wie umstritten diese Neupositionierung Gysis gegenüber dem Staat Israel ist, belegt die Replik der linken Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke: „Ich halte es für legitim, gegen Zionismus zu sein.“⁶⁰

- 1| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS, Dortmund, 24./25.3.2007. In: *Disput*, 4/2007, S. 34-45; hier S. 35.
- 2| Maurer, Ulrich: *Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken.* – München: Riemann, 2006. – S. 211.
- 3| Reents, Jürgen: „Wir können nicht warten, bis Bush etwas merkt“. Gespräch mit Oskar Lafontaine über Schnittmengen der Linken mit dem Islam, Atomgefahren, Rohstoff-Imperialismus und Entscheidungsfragen einer gemeinsamen Linken. In: *Neues Deutschland* vom 13.02.2006.
- 4| Die Linke: NATO. Game over! Presseerklärung vom 04.04.2008. In: http://die-linke.de/die_linke/nachrichten/detail/browse/5/zurueck/nachrichten/artikel/nato-game-over/ [21.10.2008].
- 5| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 44.
- 6| Buchholz, Christine / King, Alexander: *DIE LINKE – 1. Beratung des 1. Parteitages*, 24./25. Mai 2008 in Cottbus. Bericht der Delegierten Christine Buchholz und Alexander King an die delegierende BAG Friedens- und Internationale Politik. – Berlin, 2008. – S. 3. – http://die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschlusse/bag_fip/BPT_Bericht.pdf [21.10.2008].
- 7| „Christen-Union hält an Atomwaffen fest. SPD nähert sich Opposition an.“ In: *Neues Deutschland* vom 26.06.2008.
- 8| „60 Jahre NATO sind genug.“ In: *Neues Deutschland* vom 19.06.2008.
- 9| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 43.
- 10| Die Linke: Auslandseinsätze. – www.die-linke.de/politik/themen/positionen_a_z/auslandseinsaetze/ [21.10.2008].
- 11| Antrag des Geraer Dialogs/Sozialistischer Dialog an die 2. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS zur Ergänzung des Entwurfs des Wahlprogramms vom 07.08.2005.
- 12| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 36.
- 13| Reents: „Wir können nicht warten, bis Bush etwas merkt“.

- 14| Maurer: *Eiszeit.* – S. 211.
- 15| Ebd., S. 215.
- 16| Reents: „Wir können nicht warten, bis Bush etwas merkt“.
- 17| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 36.
- 18| Ebd., S. 43.
- 19| Maurer: *Eiszeit.* – S. 222.
- 20| Die Linke: *Europa.* – www.die-linke.de/politik/themen/positionen_a_z/europa/ [21.10.2008].
- 21| Maurer: *Eiszeit.* – S. 218.
- 22| Ebd., S. 221.
- 23| Brie, André: Lizenz zum Sozialabbau. In: *Disput* 7/2007, S. 47.
- 24| Elsässer, Jürgen: *Kalter Putsch gegen das Grundgesetz. Die EU-Verfassung ist gescheitert – die Lissaboner Ermächtigungsgesetze sollen an ihre Stelle treten.* In: *Neues Deutschland* vom 24.04.2008.
- 25| Bisky, Lothar: *Frieden hat für uns Linke absolute Priorität. Aus der Rede des Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Partei DIE LINKE während der abschließenden Lesung des EU-Reformvertrages von Lissabon.* – http://www.lotharbisky.de/ka_reden_detail.php?v=197 [13.10.2008].
- 26| Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 24.05.2008 und *Der Tagesspiegel* vom 24.05.2008.
- 27| Bisky, Lothar: *Wir werden den Vertrag von Lissabon ablehnen. Statement auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus vom 21.04.2008.* – http://die-linke.de/die_linke/nachrichten/detail/browse/5/zurueck/nachrichten/artikel/wir-werden-den-vertrag-von-lissabon-ablehnen/ [21.10.2008].
- 28| Maurer: *Eiszeit.* – S. 223.
- 29| Die Linke: Programmatische Eckpunkte. – S. 36.
- 30| Lafontaine, Oskar: *Mit Chávez für die Freiheit.* In: *Welt am Sonntag* vom 08.07.2007.
- 31| „Entschließung des Europaparlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung“ vom 02.02.2006. In: *Amtsblatt der Europäischen Union C 288 E* vom 25.11.2006, S. 81-82.
- 32| „Resolution aus Kuba“ vom 07.02.2006. – http://linkszeitung.de/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=8426 [21.10.2008].
- 33| Erklärung des PDS-Parteivorstandes vom 27.02.2006, zitiert nach *Der Tagesspiegel* vom 03.03.2006.
- 34| Reinecke, Stefan: „Die Linkspartei ist feige“. André Brie siehst die Linkspartei auf dem Weg in die Re-Ideologisierung. In: *Die Tageszeitung* vom 03.03.2006.
- 35| Berg, Stefan: „Die PDS hat kein Verhältnis zu Menschenrechten“. In: *Spiegel Online* vom 01.03.2006. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,403755,00.html> [21.10.2008].
- 36| Pressemitteilung von Cuba sí vom 07.02.2006.
- 37| Bisky, Lothar: „Herzlichen Glückwunsch, Fidel!“ Glückwunschtelegramm der Linkspartei.PDS vom 13.08.2006. – http://www.sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/view_html1/zid33635/bs1/n0 [14.08.2006].
- 38| Zitiert nach Roßmann, Robert: *Sozialistischer Arbeitsbesuch.* In: *Süddeutsche Zeitung* vom 03.09.2007.
- 39| Lafontaine: Chávez.
- 40| Maurer: *Eiszeit.* – S. 188.
- 41| Lafontaine: Chávez.
- 42| Reents: „Wir können nicht warten, bis Bush etwas merkt“.
- 43| „IZ-Begegnung“ mit dem außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke, Norman Paech.“ In: *Islamische Zeitung* vom 28.10.2006. – <http://www.islamische-zeitung.de/?id=7898> [22.10.2008].

- 44| Maurer: *Eiszeit*. – S. 174-175.
- 45| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte*. – S. 36.
- 46| Maurer: *Eiszeit*. – S. 161.
- 47| Vgl. „Solidarität mit der Guerilla.“ In: *Der Spiegel*, 22/2008, S. 15.
- 48| „Deutsche Kolumbien-Politik auf die Stärkung ziviler Friedensinitiativen und der sozialen, demokratischen und Menschenrechte ausrichten. Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Cornelia Hirsch, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Kornelia Möller, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.“ In: *Deutscher Bundestag: Drucksache 16/5678 vom 14.06.2007*.
- 49| Vgl. Jach, Michael: *Flirt mit Terroristen*. In: *Focus Online* vom 18.08.2008. – http://www.focus.de/politik/deutschland/linkspartei-flirt-mit-terroristen-weltweit_aid_325761.html [04.11.2008]; Musa, Bernd: *Lafontaine und der Chic der Guerilleros*. In: *Spiegel Online* vom 31.08.2008. – <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,574600,00.html> [04.11.2008].
- 50| Jach: *Flirt mit Terroristen*.
- 51| Joeres, Annika: *Linke umwirbt Kurden. Partei macht sich zum Sprachrohr der Minderheit und fordert Dialog mit der verbotenen PKK*. In: *Frankfurter Rundschau* vom 25.08.2008.
- 52| Jach: *Flirt mit Terroristen*.
- 53| Vgl. ebd. und Musa: *Lafontaine und der Chic der Guerilleros*.
- 54| Vgl. *Berliner Morgenpost* vom 14.01.2007.
- 55| Gysi, Gregor: *Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel. Vortrag von Gregor Gysi auf einer Veranstaltung ‚60 Jahre Israel‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung* vom 14.04.2008. – <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1317265844> [22.10.2008].
- 56| Vgl. hierzu Jelpke, Ulla: *Flüchtlinge aus dem Libanon sofort aufnehmen. Rede* vom 29.07.2006. – http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=158 [04.11.2008].
- 57| Braun, Nikolaus / Tsalos, Dimitri (Hrsg.): *Naher und Mittlerer Osten. Krieg – Besatzung – Widerstand*. – Bonn: Pahl-Rugenstein, 2007. – S. 10.
- 58| Gysi: *Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel*.
- 59| Ebd.
- 60| Zitiert nach Deggerich, Markus: *Gysis Heimkind*. In: *Der Spiegel*, 30/2008, S. 47.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

ZWISCHEN KONZEPTIONELLER ORIENTIERUNGSLOSIGKEIT UND POPULISMUS

1989 scheiterte die DDR nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Die zentrale Planwirtschaft sowjetischen Typs mit ihrem Staats(„Volks“)eigentum an den Produktionsmitteln und ihrem zentralistischen Dirigismus war unfähig, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Im Systemvergleich mit der Bundesrepublik war der ökonomische Abstand der DDR uneinholbar geworden. Die Zentralverwaltungswirtschaft als ökonomische Ordnung hatte die Systemkonkurrenz mit der Sozialen Marktwirtschaft verloren. Das Ende kam, als der letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz in Bonn im November 1989 nachfragen ließ, ob die Bundesrepublik die Zinsen für Kredite aus dem „kapitalistischen Ausland“ übernehmen könne. Der ökonomische Bankrott der DDR-Planwirtschaft war eine zentrale Ursache für das Ende der SED-Diktatur.

Die SED verlor ihr Machtmonopol und musste sich in eine sozialistische Strömungspartei verwandeln, um als PDS zu überleben. Neben dem Versuch, sozialistische Politikentwürfe in das neue Jahrtausend zu tragen, hielt sie im wiedervereinigten Deutschland programmatisch an der Überwindung des „Kapitalismus“ fest. Außer ihrem pauschalen „Nein“ zur westlichen Wirtschaftsordnung hatte sie zunächst der ökonomischen Entwicklung im vereinten Deutschland nichts Kon-

zeptionelles entgegenzusetzen. Es blieb weitgehend bei plakativen Forderungen nach einer „Umverteilung von oben nach unten“. Lediglich in den neuen Bundesländern, in denen sie als Interessenvertretung der Ostdeutschen auftrat, konnte sie gestützt auf das Milieu der arbeitslos gewordenen Parteifunktionäre und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) ihre Position als Opposition behaupten; im Westen kam sie über den Status einer Splitterpartei zunächst nicht hinaus. Die PDS wurde zu einer ostdeutschen Regional- und Milieupartei. Ihre politischen und ökonomischen Lösungsansätze konzentrierten sich weitgehend auf den Osten der Republik, wo sie auf kommunaler Ebene vielfach Verantwortung trug.

Erst die von der rot-grünen Bundesregierung 2003 auf den Weg gebrachte „Agenda 2010“ mit ihren weitreichenden Arbeitsmarkt- und Sozialreformen führte zu einer Revitalisierung linker wirtschafts- und sozialpolitischer Ansätze auch im Westen der Republik. Im Zuge dieser Entwicklung griff die PDS Forderungen nach Einführung eines Mindestlohns oder nach Abschaffung von „Hartz IV“ zielsicher auf und popularisierte sie, ohne daraus ein ökonomisches Konzept für Gesamtdeutschland zu entwickeln.

Diese offene ökonomische Flanke konnte erst nach dem Zusammenschluss mit den westdeutschen Linken geschlossen werden. Zunächst über die offenen Listen der PDS und dann durch die Fusion mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) fanden sozialistische westdeutsche Wirtschaftswissenschaftler den Weg zur Partei „Die Linke“ und sorgten mit ihren Konzeptionen für einen gesamtdeutschen Ansatz in den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei.

„Die Linke“ setzt in diesen Politikfeldern die antikapitalistische Rhetorik ihrer Vorgängerparteien fort. Sie lehnt die westliche Wirtschaftsordnung weiterhin ab und sieht in ihr die schlimmste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Der „auf immerwährendes Wachstum und ebenso permanente Ausbeutung von Menschen angewiesene Kapitalismus“ sowie die „Kapitalkonzentration in den Händen von immer weniger Superreichen und die Enteignung, Verarmung und Entrechtung immer größerer Bevölkerungsschichten“ fördert nach Meinung des parlamentarischen Geschäftsführers der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Ulrich Maurer, die „Erosion aller Werte und Bindungen [...], die bislang unsere Gesellschaft zusammengehalten haben“.¹

„Die Linke“ sieht Deutschland von einem „Raubtierkapitalismus“ bedroht. In allen gesellschaftlichen Bereichen, sei es in Politik, Wirtschaft, Medien oder Hochschulen, herrscht in ihren Augen „das neoliberale Kartell“, dessen „ideelles Repertoire sich aus pragmatischem Nihilismus, Zynismus und Sozialdarwinismus“ zusammensetzt.²

Zwar sieht „Die Linke“ „neue und auch wachsende Möglichkeiten für ein Leben in Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden“. Diese Chancen werden jedoch „von zerstörerischen Prozessen blockiert“, die die Folge „hochkonzentrierter Kapitalmacht“ seien und aus „dem Vorrang der internationalen Finanzmärkte und dem Übergang der Herrschenden von einer Politik des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik“ entstünden. Die „kapitalistischen Länder“ suchen nach Meinung der Linkspartei „den Ausweg aus der Krise im Kapitalismus neoliberaler Prägung, in der Ablegung sozialstaatlicher ‚Fesseln‘“.³

Diese Situation wiederum bietet der Partei „Die Linke“ die Chance, mit ihrer Kritik am Feindbild Kapitalismus und der Forderung nach dessen Überwindung erfolgreich auf Stimmenfang zu gehen. Der Weg dorthin bleibt zunächst genauso vage wie das Ziel Sozialismus selbst. So fordert sie als „Alternative zu diesem ‚entfesselten Kapitalismus‘ die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft“. Die „Ideen des demokratischen Sozialismus“, „der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will“, sollen „zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar[stellen]“.⁴

Aus „dem Widerspruch und Protest gegen die neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat“ gründete sich nach eigenem Verständnis mit „Die Linke“ eine neue Partei,⁵ die sich als die „Partei des Widerstandes, des Protests und der grundsätzlichen Kapitalismuskritik“ versteht.⁶ Sie sieht ihre Rolle darin, das „politische System zu massiven politischen Korrekturen zu zwingen“ und weist sich somit selber die Rolle einer gesellschaftlichen Avantgarde zu. Ihre Arbeit zielt nicht nur auf Reformen, sondern auf eine „grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Entwicklung, die heute primär von Profitinteressen bestimmt wird“. Wie schon bei der SED, so gilt auch bei der Linkspartei das „Primat der Politik“ in allen gesellschaftlichen Bereichen. Angepasst an die heutige Zeit heißt es dann aktuell: „Der Vorrang der Politik auch in der Wirtschaft muss hergestellt werden.“⁷

Erfolgreich opponiert „Die Linke“ gegen sozialpolitische Reformvorhaben und nutzt diese für Kampagnen gegen die regierenden Parteien. So fordert sie die Rücknahme der „Hartz IV“-Arbeitsmarktreformen, der Rente mit 67, einen Stopp der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Mittels bundesweiter Kampagnen in Form von Unterschriften- und Protestaktionen – u. a. beteiligte sie sich an den Montagsdemonstrationen gegen die „Agenda 2010“ – versuchte sie, diese Themen zu popularisieren und sich auf diesem Gebiet vor allem gegenüber der SPD die Meinungsführerschaft zu sichern. Jede von den Bundesregierungen eingeleitete Veränderung an den Reformprojekten reklamiert sie für sich. Die Angleichung des Arbeitslosengeldes II in Ost und West zählt sie ebenso zu den Erfolgen ihrer Politik aus der Opposition wie die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer.⁸

Weiterhin steht die Einführung eines bundesweiten und branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohns im Zentrum ihrer Kampagnenpolitik, mit dem sie im Bunde mit dem DGB insbesondere die SPD unter Druck setzt.⁹ Über die Finanzierung der von ihr geforderten Maßnahmen schweigt sie sich dagegen aus. „Weitergehende, unter anderem wirtschaftspolitische Vorstellungen sind dagegen fast unbekannt“, muss auch ihr gewerkschaftspolitischer Sprecher Michael Schlecht einräumen.¹⁰ Das stört sie aber nicht in ihrer populistischen Politik, mit der sie die in der bundesrepublikanischen Bevölkerung verbreiteten Ängste vor sozialem Abstieg und drohender Verarmung aufgreift. Sie schürt und mobilisiert die Zukunftsangst vieler Deutscher und gibt ihr im politischen Raum eine Stimme, ohne konkrete Alternativen anzubieten. So ist „Die Linke“ innerhalb kürzester Zeit auch für die alten Bundesländer zur Partei des sozialen Protestes geworden.

Wie erfolgreich dieser linke Populismus ist, der gezielt die Ängste der Menschen nutzt, verdeutlicht ein Beispiel. Anfang Juli 2008 traten 220 Mitarbeiter der Saarbahn GmbH in „Die Linke“ ein. „Angst vor Privatisierung und der damit verbundene mögliche Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommenseinbußen, Angst vor der Rente mit 67 wurden als Grund für den Masseneintritt bei den Linken angegeben“, so der Betriebsratsvorsitzende der Saarbahn GmbH Winfried Jung.¹¹

HERKUNFT DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHEN ALTERNATIVEN

Es waren die beiden Bundestagsabgeordneten der Partei „Die Linke“, der Professor für Volkswirtschaftslehre Herbert Schui und der Volkswirt Axel Troost, die der Partei ein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept schrieben. Die beiden Volkswirte gehörten zu den Gründungsmitgliedern der WASG, in deren Bundesvorstand Troost bis zur Fusion mit der PDS saß. Ihre Zusammenarbeit beginnt jedoch nicht erst mit der WASG. 1975 haben Schui und Troost gemeinsam mit dem gegenwärtigen Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) an der Universität Bremen Rudolf Hickel sowie dem dortigen Wirtschaftsprofessor und früherem DKP-Vorstandsmitglied Jörg Huffschmid die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ ins Leben gerufen, deren Geschäfte Troost bis in die Gegenwart führt. In dieser auch Memorandum- oder kurz Memo-Gruppe genannten Arbeitsgruppe arbeiten „Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven, die sich an der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze, der Verbesserung des Lebensstandards, dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie wirksamer Umweltsicherung in Deutschland orientieren.“¹² Diese Arbeitsgruppe erstellt seit 1977 alljährlich ein Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik, das sich als „Gegengutachten“ zu den Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) versteht. Ihre Mitwirkenden – eine formelle Mitgliedschaft gibt es nicht – wenden sich gegen die „Vorstellungen und Theorien, die Beschäftigung, Einkommen, Sozialeleistungen und Umweltschutz den Gewinnen der Privatwirtschaft nach- und unterordnen.“¹³ Stattdessen plädieren sie für eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Staatliche Investitionsprogramme u. a. für Infrastruktur und Bildung und ein Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors sollen das Wirtschaftswachstum anstoßen und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen. Finanziert werden sollen diese Vorhaben größtenteils durch eine Erhöhung der Steuern für die „Reichen“. Hierzu zählen die Körperschaftsteuer, die Erbschaftsteuer und die Einkommensteuer bzw. der Abbau von Vergünstigungen u. a. bei Spekulationsgewinnen, Zins- und Dividendeneinkünften. Gleichzeitig sollen die Vermögenssteuer und die Börsenumsatzsteuer wieder erhoben werden. Ebenso sollen soziale Mindeststandards wie Mindestlöhne und eine Devisentransaktionssteuer, die sogenannte „Tobin-Steuer“, einge-

führt werden. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist eine „Wirtschaftsdemokratie“, welche die Mitbestimmung und Beteiligung der „Arbeitnehmer“ an wirtschaftlichen Prozessen anstrebt, im Klartext geht es um die Ausweitung der Mitbestimmung der Gewerkschaften. Eine Liste spiegelt das politisch-gesellschaftliche Spektrum wider, das die Memoranden aktiv unterstützt. Neben Jörg Huffschmid gehört dazu der aus der DKP stammende Kasseler Hochschuldozent und Sprecher des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ Peter Strutynski, der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Detlev von Larcher, er hat früher die SPD-Linke koordiniert, die letzte SED-Wirtschaftsministerin Christa Luft, die Bremer Soziologieprofessorin Susanne Schunter-Kleemann und der emeritierte Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin Elmar Altvater.¹⁴

Mitwirkende der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ um Axel Troost und Herbert Schui gründeten 2004 gemeinsam mit linken westdeutschen Gewerkschaftern wie Klaus Ernst und Thomas Händel sowie linken Sozialdemokraten und Friedensaktivisten aus Protest gegen die „Agenda 2010“ die WASG. Nach der Fusion mit dieser Partei hat die PDS deren ökonomischen Ansatz aufgegriffen und sich zunehmend zu eigen gemacht. Deutlich wird das vor allem an dem Begriff von der „Wirtschaftsdemokratie“, den „Die Linke“ der bestehenden Wirtschaftsordnung entgegensetzen will. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie wurde in der Weimarer Republik von dem Sozialdemokraten und Gewerkschafter Fritz Naphtali entwickelt. Es steht für die Kombination von staatlicher Wirtschaftspolitik und der Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung der Gewerkschaften. Die Wirtschaftsdemokratie soll die Demokratisierung der bestehenden vom Kapital dominierten ökonomischen Strukturen auf evolutionärem Weg durchsetzen.¹⁵

Wirtschaftsdemokratie im Programm der Linkspartei heißt heute: „Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht“. „Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden.“¹⁶ „Bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge“ sollen deshalb „zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden“. Vor allem die „profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden“.¹⁷

In „unterschiedlichen Eigentumsformen“ sieht „Die Linke“ die „Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft, anstatt den weiteren Weg der Privatisierung und Monopolisierung zu beschreiten“.¹⁸ Übertragen auf die künftige tagespolitische Arbeit bedeutet das nichts anderes, als dass ein „Kampf gegen Sozialabbau und Armut, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Massenarbeitslosigkeit, gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen, gegen die Unterordnung ökologischer Fragen unter Profitinteressen, gegen eine Außenpolitik mit kriegerischen Mitteln sowie gegen den Abbau demokratischer Rechte und wirtschaftlicher Machtzusammenballung“ geführt werden müsse.¹⁹

In der geforderten „Wirtschaftsdemokratie“ sollen „alle Formen des Eigentums an sozialen und ökologischen Kriterien“ gemessen werden. Im „öffentlichen Eigentum an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und öffentlicher Verfügungsgewalt über sie“ sieht „Die Linke“ „eine unverzichtbare Grundlage einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft“. Um das „Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen und Arbeit zu erreichen“, setzt sie sich „für die Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte, für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensordnung, für die staatliche bzw. öffentliche Verantwortung für alle Felder der Daseinsvorsorge, für die Ausweitung öffentlicher Investitionen, für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung [...] und ein umfassendes System sozialer Sicherheit“ ein.²⁰ Allen Aussagen der Linken zur Wirtschaftsdemokratie gemeinsam ist der untrennbare Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Reformen. So heißt es bereits im Kommentar zur Programmatik der PDS: „Die Veränderung der Zwänge des politischen Systems ist die Voraussetzung für die Veränderung der Zwänge innerhalb der Wirtschaft.“²¹ Mit der Verwendung des ursprünglich sozialdemokratischen Begriffs von der „Wirtschaftsdemokratie“, der über die Memorandum-Gruppe und das Gründungsprogramm der WASG²² Eingang in die „Programmatischen Eckpunkte“ der Linkspartei gefunden hat,²³ gelingt es der Partei „Die Linke“ nach der Aufnahme der Formel vom „demokratischen Sozialismus“ in ihre Programmatik abermals, einen originär sozialdemokratischen Begriff zu okkupieren und damit gegen die SPD ins Feld zu führen.

Nicht anders sieht es mit der „sozialen Gerechtigkeit“ aus. Die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen der letzten Jahre haben es der Linkspartei ermöglicht, auch diese Vokabeln, mit der bis dato in erster

Linie die SPD in Verbindung gebracht wurde, zum Gegenstand ihrer Kampagnen zu machen.²⁴ Zugleich helfen ihr diese Begrifflichkeiten, ihr Ziel einer Überwindung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mittels der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu verschleiern bzw. zu verharmlosen. Die Vorhaben der Partei und der Weg, um sie zu erreichen, sind doppelbödig. Für sich genommen sind z.B. Forderungen nach einer staatlichen Regulierung der Finanzmärkte anerkannte Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik in einer Sozialen Marktwirtschaft. Erst in Kombination mit der sozialistischen Zielvorgabe bekommen sie den gewollten gesellschaftsverändernden Charakter.

Ein vor kurzem vorgelegter Antragsentwurf einiger Politiker der Partei „Die Linke“ für ein „Zukunftsinvestitionsprogramm“²⁵ veranschaulicht noch einmal die Kontinuitätslinie, die sich inhaltlich wie personell von der Memorandum-Gruppe über die WASG bis zur Linkspartei zieht und spiegelt somit den prägenden Charakter westdeutscher Linker und Gewerkschafter für die ökonomische Konzeption der Linkspartei wider. Die Autoren dieses Programms, u.a. Rudolf Hickel, Axel Troost, Michael Schlecht, Jörg Huffschild, Ralf Krämer und Susanne Schunter-Kleemann, fordern 50 Milliarden Euro, die „der Staat in Feldern gesellschaftlichen Bedarfs investieren und für mehr Beschäftigung verwenden soll. Damit sollen die Arbeitslosigkeit und der drohende Kriseneinbruch bekämpft sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit gefördert werden“. Neben der Infrastruktur in den Kommunen und der Ökologie, für die 15 Milliarden Euro bereitgestellt werden sollen, hat der Förderschwerpunkt mit jährlich allein 20 Milliarden Euro für „Ganztagsschulen und Kinderbetreuung, Weiterbildung, Hochschulen und die Ausweitung der BAföG-Leistungen“ auf der Bildung zu liegen. Ziel der Verfasser, die alle zugleich auch der Memorandum-Gruppe angehören, ist die „Schaffung von einer Million tariflich korrekt eingruppiertes und bezahlter Arbeitsplätze“. Für „Langzeiterwerbslose und andere Menschen“, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sollen dadurch „zusätzlich bis zu 500000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden“. Zur Finanzierung des Zukunftsinvestitionsprogramms sollen „Reiche, Vermögende und finanzstarke Unternehmen mehr Steuern zahlen“. Durch „eine (Wieder-)Erhebung der Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschaftsbesteuerung, eine gerechte Einkommens- und ebenso gerechte Unternehmensbesteuerung, die (Wieder-)Einführung einer Börsenumsatzsteuer und die entschiedene Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung“ erwar-

ten die Autoren „zusätzliche Einnahmen von mindestens rund 70 Milliarden Euro“.²⁶ Die Forderung, dass der „Kampf um unser wirtschaftliches Reformprojekt [...] mit dem Kampf um gesellschaftliche, linke Hegemonie verbunden werden [muss]“, unterstreicht zugleich, dass es der Linkspartei mit ihrer Politik nicht zuvorderst um die Anliegen ihrer Klientel oder der breiten Bevölkerung geht, sondern über die ökonomische Frage – ganz im Sinne einer klassischen Avantgarde – um die Erlangung einer politisch-gesellschaftlichen Dominanz in der Bundesrepublik.

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm, dem „Kernelement einer wirtschaftspolitischen Alternative zur herrschenden Politik“,²⁷ greifen die Autoren zugleich eine Forderung des von ihnen mitformulierten Gründungsdokuments der Partei „Die Linke“ auf, das eine Anhebung der „öffentlichen Investitionen in Erziehung und Bildung, Forschung, Kultur, ökologischen Umbau und öffentliche Infrastruktur“ um jährlich mindestens 40 Milliarden Euro vorsieht. „Eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze“ sollen dadurch geschaffen werden.²⁸ Politisch will „Die Linke“ mit diesem Programm „den Anspruch der sozialen Gerechtigkeit mit der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft verbinden“ und als Alleinstellungsmerkmal reklamieren, die „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ zu sein.²⁹

Das Zukunftsinvestitionsprogramm stieß zunächst auf heftige Gegenreaktionen, insbesondere von Finanz- und Wirtschaftspolitikern ostdeutscher Landtagsfraktionen der Linkspartei und Mitgliedern der innerparteilichen Strömung „Forum Demokratischer Sozialismus“. So schrieb Helmut Holter, ehemaliger PDS-Arbeitsminister in Mecklenburg-Vorpommern, in einem kritischen Brief zum Antragsentwurf: „Wir können nicht nur Steuer(mehr-)einnahmen verteilen. Zu unseren wirtschaftspolitischen Alternativen sollten das Ziel der Vollbeschäftigung und solide Staatsfinanzen gehören. Gerade wir müssen nachweisen, dass nur ausgegeben werden kann, was durch die Gesellschaft erwirtschaftet wurde. Sonst bleibt an uns das Etikett der Umverteilungspartei kleben.“³⁰ Dennoch beschloss der Parteitag der Partei „Die Linke“ Ende Mai in Cottbus mit großer Mehrheit das 50-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm und machte so die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften und der westdeutschen Linken zur Grundlage ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik.³¹

Was der PDS nicht gelang, ist nun ihrer Nachfolgepartei, der Partei „Die Linke“, gelungen. Durch die personelle und inhaltliche „Blutzufluhr“ aus westdeutschen Linken und Gewerkschaftern verfügt die SED-Nachfolgepartei 18 Jahre nach dem Untergang der DDR erstmals über ein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept für Gesamtdeutschland. Damit ist es der Linkspartei erstmalig gelungen, über ihre ostdeutsche Klientel hinaus auch nennenswerte Teile der westdeutschen Bevölkerung zu erreichen.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Inhalte der Partei „Die Linke“, allen voran ihr Zukunftsinvestitionsprogramm, sind „aus der ‚Memorandum-Gruppe‘ sowie aus langjährigen Debatten in den Gewerkschaften hervorgegangen, festgeschrieben in vielfältigen Beschlusslagen beim DGB, bei der IG Metall, bei ver.di und anderen Einzelgewerkschaften“, wie jeder Interessierte bei der Linkspartei nachlesen kann.³² Deutlicher kann der Einfluss westdeutscher Gewerkschafter und Sozialisten auf die Wirtschaftsprogrammatische der Linkspartei nicht beschrieben werden. Diese Konzeption ist der wichtigste Beitrag, den die westdeutsche Linke in die politische Ehe mit der PDS einbringen konnte. Zugleich spiegelt dieser Aspekt die engen inhaltlichen und personellen Bande zwischen Linkspartei, Gewerkschaften und linken Sozialdemokraten wider und zeigt, wie engmaschig das Netz zwischen diesen „Personenbündnissen“ bereits geworden ist.

Zu welchen Visionen die aktuelle Finanzkrise die Partei verleitet, verdeutlichen Äußerungen ihres Bundesvorstandsmitgliedes Thies Gleiss: „Die Partei Die Linke hat sich bisher damit begnügt, eine kritische Stimme in der Gesellschaft zu sein. Sie hat sich aber nicht intensiv damit befasst, was es heißt, die Machtfrage zu stellen. Die Bankenkrise, die uns in die Lage versetzt, diese Frage zu stellen, kommt jetzt ziemlich plötzlich. Die radikalste Antwort ist heute die Verstaatlichung des Bankenkapitals. Damit steht die Partei plötzlich vor einer großen Verantwortung: Entweder Diktatur des Finanzkapitals oder Diktatur über das Finanzkapital. [...] Deshalb kommt es jetzt darauf an, nicht nur die von der Krise betroffenen Teile der Unternehmen in staatliche Verwaltung zu übernehmen, sondern auch die florierenden. Das gesamte Spektrum der Banken und Versicherungen muß übernommen werden.“³³ Auch für die praktische Umsetzung liefert er unter Bezugnahme auf Karl Marx erste Anleitungen: „Heute revolutionär zu sein, bedeutet, den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorzuspielen, um sie zum Tanzen zu bringen. Ansonsten heißt es,

die Dynamik für den Prozess auszulösen, die bestehenden Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen. Es gilt, Menschen über die Situation aufzuklären, in der sie leben, ihnen politisches Bewusstsein zu vermitteln. Und: Sich am Aufbau von Widerstands- und Gegenmachtstrukturen zu beteiligen.“³⁴ Unter Bezugnahme auf die russische Novemberrevolution von 1917 fordert er deshalb: „Strukturen, die damals außerhalb der Parlamente auftauchten, sind auch heute notwendig – etwa Arbeiter- und Soldatenräte. Nur so ist die Gesellschaft in Frage zu stellen.“³⁵

Auf den ersten Blick scheinen sich durch die aktuelle Finanzkrise und ihre globalen Folgen die Horrorszenerarien der Linkspartei von einem ungehemmten „Raubtierkapitalismus“ und dem freien Spiel der Märkte zu bestätigen. Der Schluss liegt deshalb nahe, dass nun auch ihre Lösungsansätze auf verstärkte Resonanz in der Öffentlichkeit stoßen und ihnen eine Flut von neuen Mitgliedern und Wählern zutreiben müsste. Doch in den Meinungsumfragen ist kein Aufschwung zu erkennen. Weitgehend unverändert liegt die „Die Linke“ auch nach Ausbruch der Finanzkrise bundesweit bei etwa 13 Prozent.³⁶

- 1| Maurer, Ulrich: *Eiszeit. Staatsstreich des Kapitals oder Renaissance der Linken.* – München: Riemann, 2006. – S. 20.
- 2| Ebd., S. 45.
- 3| Die Linke: *Programmatische Eckpunkte. Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE. Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS, Dortmund, 24./25.3.2007.* In: *Disput*, 4/2007, S. 34.
- 4| Ebd., S. 34.
- 5| Die Linke: *Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik. Antrag des Parteivorstandes an den 1. Parteitag (Leitantrag), beschlossen vom 12. April 2008.* – http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/leitantrag/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ [22.10.2008].
- 6| Die Linke-Parteivorstand: *Grundsätze und Ziele der Partei DIE LINKE in den Wahlkämpfen 2008/2009. Beschluss des Parteivorstandes vom 25. August 2007.* – http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20072008/beschluesse/grundsaeetze_und_ziele_der_partei_die_linke_in_den_wahlkaempfen_20082009/ [22.10.2008].
- 7| Die Linke: *Programmatische Eckpunkte.* – S. 35.
- 8| Eubel, Cordula / Meisner, Matthias: „Was nutzt eine Partei, die edel und gut ist, aber nichts bewirkt“. Interview mit Dietmar Bartsch. In: *Der Tagesspiegel* vom 09.01.2006.
- 9| Etzel, Roland: „... und nichts kann uns aufhalten“. In: *Disput*, 7/2007, S. 10.
- 10| Schlecht, Michael: *Das ist ein Teil linker Wirtschaftstätigkeit.* In: *Neues Deutschland* vom 25.04.2008.
- 11| Die Linke: *Masseneintritt bei der saarländischen Linken. Pressemitteilung vom 03.07.2008.* – http://www.die-linke.de/die_linke/nachrichten/detail/zurueck/aktuell/artikel/masseneintritt-bei-der-saarlaendischen-linken/ [22.10.2008].

- 12| „Wer ist die Memorandum-Gruppe?“ – <http://www.memo.uni-bremen.de> [22.10.2008].
- 13| Ebd.
- 14| Memorandum 2008-Unterstützerliste. – <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/Memo2008Unterstuetzerinnen.pdf> [22.10.2008].
- 15| Vgl. Naphtali, Fritz: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel.* – Berlin: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1928.
- 16| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte.* – S. 40.
- 17| Ebd. S. 35.
- 18| Ebd.
- 19| *Die Linke-Parteivorstand: Grundsätze und Ziele.*
- 20| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte.* – S. 37.
- 21| Brie, André / Brie, Michael / Dellheim, Judith: *Zur Programmik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar.* – Berlin: Dietz, 1997. – S. 95. – (Schriften / Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.; 1).
- 22| Vgl. WASG: *Gründungsprogramm der WASG.* – S. 2. – http://archiv.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050531.pdf [19.09.2008].
- 23| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte.* – S. 37.
- 24| Korte, Jan: *Zeit für eine neue Bürgerrechtsbewegung. Ein Diskussions- und Arbeitspapier.* – S. 3. – http://die-linke.de/fileadmin/download/positionen/korte_neue_buengerrechtsbewegung_0707.pdf [19.09.2008].
- 25| Krämer, Ralf / Schlecht, Michael / Troost, Axel: *Kampf um Vorherrschaft.* In: *Junge Welt* vom 08.05.2008.
- 26| Ebd.
- 27| Ebd.
- 28| *Die Linke: Programmatische Eckpunkte.* – S. 38.
- 29| Krämer / Schlecht / Troost: *Kampf.*
- 30| Zitiert nach ebd.
- 31| Vgl. „*Parteitag in Cottbus: Die Linke fordert 50 Milliarden für Investitionen.*“ In: *Zeit Online* vom 25.05.2008. – www.zeit.de/news/artikel/2008/05/25/2537694.xml [22.10.2008].
- 32| Krämer / Schlecht / Troost: *Kampf.*
- 33| Düperthal, Gitta: „*Die Linke theoretisiert gern und flüchtet sich in Tagträumereien.*“ Ein Gespräch mit Thies Gleiss. In: *Junge Welt* vom 30./31.10.2008.
- 34| Ebd.
- 35| Ebd.
- 36| Vgl. *ARD-Deutschlandtrend Oktober 2008.* – <http://www.infratest-dimap.de/?id=16> [04.11.2008].

DIE AUTOREN

Dr. Udo Baron, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Seit 2008 ist er als Referent im Niedersächsischen Ministerium des Innern für den Bereich Linksextremismus zuständig. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte der Parteien und der außerparlamentarischen Bewegungen sowie der politische Extremismus.

Prof. Dr. Manfred Wilke, Jahrgang 1941, ist Soziologe, Zeithistoriker und Publizist. Bis 2006 war er Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin und einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, zu dessen Mitbegründern er zählt. Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte des Kommunismus und der SED-Herrschaft sowie die Erforschung von Opposition und Widerstand im „realen Sozialismus“.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Michael Borchard
 Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Tel.: +49-30-2 69 96-35 50
 E-Mail: michael.borchard@kas.de

Dr. Ralf Thomas Baus
 Leiter Team Innenpolitik
 Hauptabteilung Politik und Beratung
 10907 Berlin
 Tel.: +49-30-2 69 96-35 03
 E-Mail: ralf.baus@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie

92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie,
Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei

93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen –
Leitlinien

94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung

95 | Prävention bis ins hohe Alter

96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei

97 | „Die Linke“ – Politische Konzeptionen der Partei